

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Die Finanzpolitik der Gemeinde Wien seit dem Jahre 1923

Käse, Edith

Innsbruck, 1930

Siebenter Teil: Schlusswort

schaft stellt diese Steuer, in dieser Höhe erhoben, eine schwere Belastung für die Wirtschaft dar. Gerade die Wiener Industrie ist auf den Export angewiesen. Ist ihre Stellung im internationalen Konkurrenzkampf schon ohnehin durch die hohen Zollmauern schwierig, so wird sie durch eine solche steuerliche Vorbelastung im Heimatlande geradezu gefährdet. Dabei sind sich alle einig darüber, dass der Ertrag der Fürsorgeabgabe im Wiener Haushalt nicht entbehrt werden kann, auch in dem der anderen österreichischen Länder nicht, die dem Beispiel Wiens gefolgt sind. Es zeigt sich immer wieder, dass das Mieterschutzproblem ein umfassenderes ist, als allgemein angenommen wird, dass es nicht nur die Fragen einschliesst: Soll arbeitsloses Einkommen bezogen werden oder nicht? Der Mieterschutz hat durch seine Entwertung des Hausbesitzes eine Kapitaldecke zerstört, die jetzt äusserst geeignet wäre, als Kreditsicherung zu dienen; darüber hinaus hat der Mieterschutz manche Steuerquellen verstopft, so dass andere Quellen in verstärkter Masse ausgeschöpft werden müssen.

Siebenter Teil: Schlusswort.

Es ist schwierig, ein Urteil über Vorgänge der Gegenwart zu fällen. Nicht nur, dass die nötige Objektivität durch persönliche Momente gefährdet erscheint, es können fortwährend

Ereignisse eintreten, die eine Aenderung unseres Urteils verlangen. So ist auch die Finanzpolitik der Gemeinde Wien in den Untersuchungsjahren nicht die gleiche geblieben, sie hat Modifikationen erfahren, wie sie in späterer Zeit gleichfalls nicht ausbleiben werden. Zunächst möchte ich da auf ein psychologisches Moment hinweisen. Die gegensätzliche Einstellung der Gemeindeverwaltung gegenüber den grosskapitalistischen Unternehmungen, wie sie in Reden des Finanzreferenten der Gemeinde Wien zum Ausdruck kam, hat sich wesentlich verschoben. Die lange Arbeitslosigkeit, vor allen Dingen unter den kaufmännischen Angestellten, hat besser als alle theoretischen Ausführungen die enge Interessenverbundenheit von Kapital und Arbeit demonstriert. Wie aus den verschiedenen Steuerermässigungen, besonders aus der Ermässigung der Bankenfürsorgeabgabe hervorgeht, hat die Gemeindeverwaltung eingesehen, dass alle diese Unternehmungen nicht nur willkommene Steuerquellen zur Finanzierung der kommunalen Fürsorgeaufgaben sind, sondern wichtige Faktoren im Wirtschaftsleben, die äusserst pfleglich behandelt werden müssen. Jedoch werden auch diese Steuerermässigungen die Klagen über die hohen Wiener Steuern nicht verstummen lassen. Denn die Steuerlast wird jetzt von einer geringeren Zahl von Steuerzahlern aufgebracht;

es fehlt heute die früher so leistungsfähige Schicht der Hausbesitzer unter den Steuerzahlern. Da ausserdem die Massen durch den Verzicht der Gemeinde auf indirekte Steuern und ähnliche Einnahmen fast gänzlich von einer Beitragsleistung zum Winer Gemeindehaushalt freigestellt sind, so konzentriert sich der Steuerdruck auf die dann noch übrig gebliebene Schicht von leistungsfähigen Gemeindemitgliedern, das sind die Gewerbetreibenden. Sie werden als Ersatz für den Ausfall der Mietsteuern, der Monopoleinnahmen in verstärktem Masse zur Beitragsleistung herangezogen, und es ist einleuchtend, dass selbst bei einer Verminderung der Steuerlast im ganzen, in Folge dieser Veränderung der Steuerverteilung Klagen über zu hohen Steuerdruck laut werden müssten. Es wird keine andere Möglichkeit geben, hier Abhilfe zu schaffen als durch Abbau des Mieterschutzes.

Wenn es auch scheint, als ob es der sozialdemokratischen Verwaltung gelungen ist, den Schutz der unteren Klassen in weitgehendstem Masse ihren Grundsätzen entsprechend durchzuführen, - die Miete beträgt nur ein Bruchteil der Friedensmiete, die Preise für Strassenbahn, Gas und Elektrizität sind gleichfalls niedriger als vor dem Kriege-, so hat sich doch die Steuerpolitik der Gemeinde sehr zu ungunsten der unteren Schichten ausgewirkt. Die Fürsorgeabgabe belastet die Produktion in erheblichem Masse und erschwert dadurch die Neuentstehung von Arbeits-

gelegenheiten für die Arbeiter, sie veranlasst die Unternehmer zu Rationalisierungsmassnahmen, d.h. zur Entlassung von Arbeitern. Da jedoch jede Steuerausweichung ihre Grenzen hat, bleibt die belastende Wirkung der Fürsorgeabgabe auf Produktion und Kapitalbildung bestehen. Nach einem so kapitalzerstörenden Krieg müsste die Kapitalbildung gerade Gegenstand grösster Aufmerksamkeit seitens der Regierungen sein, denn sie allein gewährleistet die Schaffung von Arbeit, die beste Fürsorge auf die Dauer gesehen.

Die Initiative, vor die der Steuerpolitiker der Nachkriegszeit gestellt war, lautete: Besteuerung der Massen oder des Kapitals; die Folgen der einen Politik wären Einschränkung des Konsums gewesen, die der andern Erschwerung der Kapitalbildung. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich für die zweite Methode entschlossen. Ein Hinweis auf die verschiedenen Luxussteuern schlänge hier nicht durch, denn wie es theoretisch schon bekannt war, und wie es auch die Untersuchungen dieser Arbeit gezeigt haben, sind solche Luxussteuern von geringer finanzieller Bedeutung. Wie oben schon ausgeführt, hat diese Steuerpolitik wohl den Konsum des Arbeiters vor steuerlichen Belastungen geschützt, hat aber gleichzeitig die Arbeitsmöglichkeiten für ihn beschränkt. Es fragt sich, ob die Wiener Steuerpolitik sich nicht dadurch ad absurdum geführt hat und besser hätte andere Wege der Besteuerung ~~Werte~~ einschlagen sollen.